



Profilpapier Fachstelle Rechtsextremismus und Familie

1. Die Arbeit der Fachstelle in Kürze

Die Fachstelle Rechtsextremismus und Familie (RuF) ist die bundeszentrale Koordinations- und Fachstelle zu Fragen des Zusammenhangs von Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie ihrer Bedeutung für Sozialisation, Einstellungsbildung und das Zusammenleben in Familien. Seit Februar 2015 wird die bundesweite Fachstelle „Rechtsextremismus und Familie“ (RuF) durch das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Seit 2020 ist die Fachstelle Teil des bundesweiten Kompetenznetzwerks Rechtsextremismusprävention. Träger der Fachstelle ist das LidiceHaus gGmbH, Bildungsstätte Bremen.

Die Fachstelle RuF bündelt als Dachstruktur die Kenntnisse und Kompetenz in diesen Themenfeldern und führt Expert*innen aus nahezu allen Bundesländern im bundesweiten Netzwerk „Rechtsextremismus und Familie“ zusammen. Eigene Beratungsangebote richten sich sowohl an Einzelpersonen, Familien und Angehörige, als auch an Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, die mit neonazistischen Familien konfrontiert sind und nach Unterstützung und Handlungsmöglichkeiten suchen. Hauptzielgruppe waren in den letzten 5 Jahren Kitas, Mitarbeiter*innen aus Jugendämtern, Erziehungsberatungsstellen, Hebammen und Kinderschutzzentren.

Durch die enge Kooperation mit den landesweiten Demokratiezentren und diversen Beratungsstellen im Themenfeld werden Anfragen aus dem gesamten Bundesgebiet an die Fachstelle weitergeleitet. RuF bietet:

- Beratung für Angehörige und Familien rechtsextremer, rechtsaffiner Jugendlicher;
- Beratung für Fachkräfte und Personen, die mit rechtsextremen Familien und ihren Kindern konfrontiert sind;
- ein bundesweites Fachforum und Netzwerk für Akteur*innen im Themenfeld Rechtsextremismus und Familie;
- Expertise in den Themenbereichen familiäre Sozialisationsbedingungen und die Entwicklung rechtsextremer, menschenfeindlicher Einstellungsmentalitäten; Kollegiale Beratung und Supervision; Neonazistische Erziehung und Fragen von Kindeswohlgefährdung; Geschlechterkonstruktionen innerhalb neonazistischer Szenen;
- Fachkräftqualifizierung und Vernetzung mit der Regelstruktur: Implementierung der Themen in die Fachkräfteausbildung der Kinder- und Jugendhilfe

Als bundesweite Fachstelle Rechtsextremismus und Familie legen wir unseren Arbeitsschwerpunkt in einen komplexen Bereich, der viele Facetten, wie familiäre Sozialisation, (Geschlechter)Rollen in der Familie, politischen Meinungsmustern und den



Grenzen von Kindeswohlgefährdung umfasst. Wenn in einer Familie (extrem) rechte Meinungsbilder vorherrschen, stellt sich die Frage der eigenen Position sowie des Umgangs und gegebenenfalls des Entgegenwirkens. Diese Fragen stellen sich sowohl Eltern, deren

Kinder eine Affinität zu rechtem Gedankengut zeigen, als auch Kindern einer Familie, deren Eltern sich rechts(extrem) verorten, aber auch Fachkräften in der Kinder- und Jugendhilfe. Für Fachkräfte stellen sich darüber hinaus die Fragen der Verortung ihrer Einrichtung und der Kindeswohlgefährdung.

Arbeitsfelder

Familienberatung

Trotz oder gerade wegen der zunehmenden Bekanntheit der Problematik um das Thema Rechtsextremismus im Kontext von Familie haben sich in den vergangenen Jahren Veränderungen ergeben, die zukünftige Problemfelder bereits aufzeigen. Auf der Ebene der individuellen Einzel- und Familienberatung zeigen die Erfahrungen, dass eine Umkehr der Problemträger*innen stattgefunden hat. Während die klassische Beratung im Themenfeld sich vor allem an Eltern gerichtet hat, deren Kinder vornehmend in der Phase der Jugend und des jungen Erwachsenenalters sich der extrem Rechten zugewandt haben, beobachten wir heute, dass vermehrt erwachsene Kinder um Rat bitten, deren Väter oder Mütter plötzlich auf rechten Demonstrationen auftauchen. Diese Umkehr führt jedoch nicht zu einem geringeren Spannungsverhältnis innerhalb der Familie.

In den unterschiedlichen Beratungssettings unterstützt die Fachstelle Eltern und Angehörige. Ziele der Beratungen sind, anknüpfend an die Interessen und Bedürfnisse der Ratsuchenden, Handlungsmöglichkeiten im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe aufzuzeigen. Beratung kann konkrete Probleme zum Thema haben. Sie kann Ratsuchenden Entlastung im Umgang mit Belastungen bieten, sie kann Konflikte in Beziehungen und Systemen bearbeiten und unterstützen, neue Perspektiven einzunehmen. Insbesondere im familialen Zusammenleben ist es wichtig, konkrete Fragen im Umgang mit der Tochter, dem Sohn, dem/der Verwandten im Alltag zu besprechen und Regeln zu vereinbaren. Zudem unterstützen wir in dem Beratungsprozess die Stärkung der demokratischen Haltung der Ratsuchenden. Wir bieten eine Einschätzung der Situation, Material, Informationen und entwickeln Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit der Problemlage.

Mehr dazu finden Sie in dem von uns erstellten Leitfaden: „Familien und Demokratie stärken. Anregungen zur Beratung von Eltern und Angehörigen von rechtsextremen orientierten Söhnen und Töchtern“. (zu finden unter:

https://issuu.com/lidicehaus/docs/ruf_familien_und_demokratie_staerke)



Wirken in der Regelstruktur der Jugend- und Familienhilfe

Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Familien, die sich Konzepten der nationalen Erziehung und Familienpolitik zugehörig fühlen, stellt soziale und pädagogische Einrichtungen der Familien- und Jugendhilfe, Kitas und Schulen vor besondere Herausforderungen. Hier bietet RuF Unterstützungs- und Beratungskonzepte für ratsuchende Fachkräfte.

Die Erfahrungen aus den Kooperationen, vor allem mit den Regelsystemen der Kinder- und Jugendhilfe, zeigen, dass sich Mitarbeiter*innen häufig überfordert fühlen, wenn sie in ihrem Arbeitsalltag auf rechtes Klientel treffen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob eine Bearbeitung der politischen Einstellung, Erscheinungsformen und Äußerungen überhaupt Teil des Auftrags sind oder ob eine staatliche Neutralität gewahrt werden muss. Die politische Einstellung von Familienmitgliedern wird vielleicht erst dann thematisiert, wenn es zu Gewalt oder aggressivem Auftreten innerhalb der Familie oder gegenüber Mitarbeiter*innen aus den entsprechenden Einrichtungen kommt.

Fachkräfte in verschiedenen beruflichen Bereichen müssen damit umgehen, dass Rechtsextremismus eine komplexe gesellschaftliche Herausforderung mit strukturellen aber auch individuellen Motiven, Funktionen und Prozessen ist. Immer mehr Fachkräfte sind in ihrer Praxis mit rassistischen, menschenverachtenden und extrem Rechten Einstellungen und Äußerungen konfrontiert.

Fragen wie die Folgenden bewegen die Fachkräfte in ihrer Praxis:

- Wie beeinflussen rechtsextreme elterliche Haltungen die Entwicklung der Kinder?
- Können professionelle Hilfen, die letztendlich rechtsstaatlich legitimiert sind, in solchen Familienkontexten überhaupt wirksam werden?
- Wie lässt sich ein tragfähiges Arbeitsbündnis zu den Eltern herstellen, ohne ihre rechtsextreme Position zu normalisieren oder zu bagatellisieren?
- Wie können wir sicherstellen, dass eine Auseinandersetzung über politische Haltungen nicht den Kindern schadet? (vgl. Prof. Dr. Großmaß Fachgespräch „Rechtsextrem orientierte Eltern als Herausforderung in der Jugendhilfe und in Kitas“).

Vor diesem Hintergrund wurden verschiedene Fortbildungen und Workshops für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe in verschiedenen Bundesländern - explizit auf diese Zielgruppe zugeschnitten - konzipiert und angeboten. Bei diesen Fortbildungen steht die Frage nach dem Umgang mit neonazistisch orientierten Eltern und Familien, sowie Fragen von neonazistischer Erziehung und Kindeswohlgefährdung im Vordergrund. Unser gesetztes Ziel ist, dass Akteur*innen aus Regelstrukturen der sozialen Versorgung das Thema Rechtsextremismus und Familie als Querschnittsthema wahr- und ernst nehmen und professionelle Unterstützung im Umgang damit erhalten.



Neben eigenen Fachveranstaltungen können die Mitarbeiter*innen der Fachstelle zu diversen externen Fortbildungen, Vorträgen und Workshops eingeladen werden. Die inhaltlichen Schwerpunkte bilden hier die Themen „Völkische und rechtsextreme

Kindererziehung“, „Frauen und Mädchen in der rechten Szene“, „Beratung von Angehörigen“ und „Umgang mit rechten Klient*innen in erzieherischen und pflegenden Berufen“.

Zudem bietet die Fachstelle jährlich stattfindende modulare Zusatzqualifizierungsreihen „Rechtsextremismus, Rassismus und Familie. Beratung von Angehörigen rechtsextremer Jugendlicher und zum Umgang mit rechtsextremen Familien und ihren Kindern“ an.

In der 4x3 tägigen modularen Zusatzqualifizierung werden bundesweit Fachkräfte aus Jugend- und Familienhilfe sowie unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Rechtsextremismusprävention weitergebildet. Das Ziel ist es, Kolleg*innen zu qualifizieren, damit diese in ihren Regionen Beratung für Angehörige und Fachkräfte anbieten können, um somit ein bundesweites Beratungsangebot sicherzustellen. Eine ausführliche Beschreibung der Zusatzqualifikation finden Sie unter: <https://rechtsextremismus-und-familie.de/qualifizierung-3.html>

Netzwerkarbeit und Koordination

Zwei Mal pro Jahr lädt die Fachstelle Expert*innen aus dem gesamten Bundesgebiet zu einem zweitägigen Vernetzungstreffen nach Bremen ins LidiceHaus ein. Im bundesweiten Netzwerk treffen sich Vertreter*innen aus inzwischen 14 Bundesländern. Im Mittelpunkt steht dabei die konzeptionelle Weiterentwicklung der Angebote. Daneben finden auch kollegiale Fallberatungen und die Planung gemeinsamer Aktivitäten, wie etwa gemeinsame Veröffentlichungen, die eine bundesweite Bedeutung haben und Planungen von Fachtagungen, statt. Dieses bundesweite Kompetenznetzwerk im Themenfeld Rechtsextremismus und Familie hat sich das Ziel gesetzt, gemeinsame Qualitätsstandards der Beratung zu entwickeln und als eine Interessensvertretung nach außen zu wirken.

Eigene Grundhaltung im Kontext Rechtsextremismus und Familie

Bei Aushandlungsprozessen im Umgang mit Rechtsextremismus in einem professionellen Kontext, steht die normative Seite des Handelns im Vordergrund, es geht um Werte und Haltungen, die zur rechtsstaatlichen und moralischen Grundlage des pädagogischen Handelns gehören (Würde des Menschen, Gleichwertigkeit der Menschen, Gewaltfreiheit, Diskriminierungsverbot). Diese Prinzipien bestimmen den Handlungsrahmen. Sie werden als selbstverständliche Rahmenbedingungen vorausgesetzt. Grundsätzlich gilt: sich nicht an der Normalisierung und Verharmlosung rechtsextremer Symbolik bzw. rassistischer oder diskriminierender Äußerungen zu beteiligen.



Wichtig ist uns in unserer Arbeit ist die Impulsfunktion und Vorbildfunktion. Dies gilt nicht nur für die Fachkräfte in unseren Fortbildungen und Qualifizierungen, sondern auch für die Fachkräfte von RuF. Uns ist wichtig, klare Grenzen zu ziehen, und mit einer klaren Positionierung Haltung zu zeigen, die Ablehnung von rassistischen, rechtsextremen

Meinungen deutlich zu machen. Es geht um die Wahrnehmung der Gleichwertigkeit aller, dies lässt sich auch im Leitbild des LidiceHauses wiederfinden. Daraus geht klar hervor, dass Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auf der Basis eines demokratischen und menschenrechtsorientierten Standpunkts nicht zu vereinen sind.

„Wichtiger als eine Auseinandersetzung um jeden Preis scheint mir zu sein, die ethischen Grundlagen der eigenen Profession auch in dieser Situation habituell zu vertreten und damit in gewisser Weise Modell zu sein für ein respektvolles Verhalten anderen Menschen gegenüber, auch wenn diese radikal andere Ansichten und politische Positionen haben.“ (vgl. Prof. Dr. Großmaß Fachgespräch „Rechtsextrem orientierte Eltern als Herausforderung in der Jugendhilfe und in Kitas“).

Perspektiven

Weder in der Ausbildung und dem Studium von pflegerischen und erzieherischen Berufen, noch in der sozialpädagogischen Ausbildung gibt es einen verankerten Schwerpunkt zu Rechtsextremismus und Familie. Zwar lässt sich feststellen, dass eine diversitätsbewusste Haltung zunehmend auch in der Ausbildung von Bedeutung ist, dennoch unterscheidet sich der Zugang zu dem Thema von Einrichtung zu Einrichtung. So werden entsprechende Module häufig gar nicht oder nur als Wahlpflichtmodul in den Ausbildungen angeboten. Eine flächendeckende Implementierung im Regelsystem der Kinder- und Jugendhilfe sowie in relevanten Bereichen pflegerischer und erzieherischer Berufe ist ein Gebiet, dem RuF sich zukünftig verstärkt widmen will.

Neben diversen Konzepten und Angeboten im Themenfeld Rechtsextremismus und Familie strebt die Fachstelle perspektivisch die Durchführung und Unterstützung beim Aufbau von regionalen Modellprojekten an, welche bundeszentrale Bedeutung haben. Ebenso soll das Netzwerk weiterentwickelt und gemeinsame Qualitätsstandards der Beratung im Themenfeld formuliert werden. Darüber hinaus wird ein Wissenschaft-Praxis-Transfer im Themenfeld Sozialisation, Soziale Arbeit, Rechtsextremismus und Familienforschung aufgenommen und intensiviert werden.

Handlungsempfehlungen im Umgang mit rechtsextremen Familien - Einblicke in die Praxis



Positionierung

Immer wieder kommt für Fachkräfte in der Konfrontation mit rassistischen, menschenverachtenden bis hin zu extrem Rechten Aussagen die Frage auf: Wann und warum sollte ich mich positionieren bzw. eine Grenze ziehen?

Wichtig in solchen Prozessen ist vor allem die Impulsfunktion und Vorbildfunktion als Fachkraft in einem öffentlichen Auftrag zu nennen. Es ist wichtig, klare Grenzen zu ziehen, und mit einer klaren Positionierung Haltung zu zeigen, die Ablehnung der geäußerten rassistischen, rechtsextremen Meinung deutlich zu machen, zurückzuweisen und je nach Schwere der Aussage Verbote zu erteilen.

Ziel einer klaren Positionierung ist zum einen, seinem Schutzauftrag für Betroffene vor Diskriminierung nachzukommen und die Einrichtung als sicheren Ort zu gestalten. Zum anderen geht es um die Wahrnehmung der Gleichwertigkeit aller und einer Verdeutlichung des Selbstverständnisses und des Leitbildes der Einrichtung (wenn bestenfalls vorhanden) aus welchen klar hervorgeht, dass Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auf der Basis eines demokratischen und menschenrechtsorientierten Standpunkts nicht zu vereinen sind.

Gesprächsstrategien reichen von einer klaren inhaltlichen Positionierung zum Diskutieren und Argumentieren über die Frage des Beziehungserhalts des Gegenübers. In konkreten Gesprächssituationen, in welchen die Fachkräfte mit rassistischen, menschenverachtenden Äußerungen konfrontiert sind, ist eine gewisse Methodenkompetenz nötig.

Diese Methoden sind insofern wichtig, als Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe in der Regel auf eine Zusammenarbeit mit ihren Klient*innen angewiesen sind. Daher ist es wichtig, eine tragfähige Beziehung aufzubauen dabei aber sehr klar die Bedingungen der Zusammenarbeit zu klären. Für die Zusammenarbeit können Gesprächsregeln beschlossen und gegenseitige Bedingungen für ein Arbeitsbündnis verhandelt und vereinbart werden.

Zudem stellen gemeinsam mit der Leitung entwickelte Leitbilder von Trägern/Vereinen, welche sich klar zu demokratischen Grundwerten und der Ablehnung von rassistischen, menschenverachtenden Einstellungen und Äußerungen stellen, eine gute Arbeitsgrundlage für die Kolleg*innen da.

Selbstschutz: Wissen

Insbesondere in der Auseinandersetzung mit rassistischen bis hin zu extrem Rechten Meinungen und Äußerungen ist es wichtig, sich zu vergewissern, wer das Gegenüber ist und wie diese Person politisch zu verorten ist. Bei Kader*innen und Aktivist*innen kann man von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild ausgehen, die ein strategisch-taktisches Verhalten zeigen und in Diskussionen geschult in ihren Argumentationen sind. In der Regel gilt, je stärker jemand in die extrem rechten Szene eingebunden ist, umso schwerer ist er/sie



als rechtsextrem zu erkennen und umso strategischer ist das Auftreten. Die Personen sind in der Regel für pädagogische Interventionen unerreichbar, sollten aber dennoch im Sinne des Wohles des Kindes in die Pflicht und Verantwortung genommen werden.

Mitläufer und Sympathisant*innen haben ein rechtsextrem orientiertes Weltbild, sind auf der Suche nach Orientierung, zeigen ein eher offenes Diskussionsverhalten, vertreten Stereotype und Vorurteile und greifen immer wieder rechtsextreme Ideologiefragmente auf (vgl. Modell Organisationsgrad und Ideologiedichte Rechtsextremismus, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)).

Insbesondere zur Einordnung hilft es, bestimmte Schlüsselbegriffe der extrem Rechten, wie etwa „Rasse“, „Volk“, „Volksgemeinschaft“, „Überfremdung“ u.a. zu erkennen und einordnen zu können.

Aktion statt Reaktion

Es ist wichtig, den Zeitpunkt des Dialogs und der Auseinandersetzung selber zu bestimmen und nicht direkt auf Provokationen einzugehen, sondern sich zu positionieren. Hierbei kann es hilfreich sein, eigene Themen zu setzen, um zu verhindern, dass das Gegenüber das Thema diktiert und sich diskriminierenden Meinungen „ausbreiten“ können. Auch eine Gegenüberstellung der eigenen demokratischen Haltung („Für mich sind alle Menschen gleichwertig“) zur Betonung der Vielfalt und des Rechts auf Individualität als wesentliches Fundament von Demokratie ist empfehlenswert. Darüber hinaus sollte jede Positionierung, jede Grenzziehung, jede Einschränkung und Regel im Sinne eines an den Menschenrechten orientieren Standpunktes begründet werden.

„Bei Diskriminierungen müssen Fachkräfte eingreifen und die unumstößliche Regel vertreten, dass kein Kind/kein Erwachsener aufgrund eines Merkmals seiner Persönlichkeit diskriminiert werden darf (Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Herkunft, Behinderung). Alle Kinder und Eltern erhalten dadurch eine Information über Regeln in der Einrichtung.“ (vgl. Petra Wagner, Kinderwelten in Broschüre ElternStärken).

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!